

Strohmayer, Hans-Carl

**Article — Digitized Version**

## Die Entwicklung der westdeutschen Papierwirtschaft

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Strohmayer, Hans-Carl (1949) : Die Entwicklung der westdeutschen Papierwirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 7, pp. 50-52

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131013>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Die Entwicklung der westdeutschen Papierwirtschaft

Dr. Hans-Carl Strohmayer, München

Als die Papierbewirtschaftung durch Anordnung Papier I/1948 der Vfw mit Wirkung vom 1. 7. 1948 zugleich mit der Preisbindung für den Bereich des Vereinigten Wirtschaftsgebietes aufgehoben wurde, befürchtete man, daß das Durchhalten der freien Marktwirtschaft für den Sektor Papier ebenso schwierig sei wie für alle anderen Wirtschaftszweige, deren natürliche Rohstoffgrundlage zu wesentlichen Teilen im Auslande liegt. Die praktische Erfahrung hat diese Befürchtung widerlegt. Sofort nach der Freigabe setzte ein Produktionsanstieg ein, der alle Erwartungen übertraf.

## PRODUKTIONSENTWICKLUNG

Die Gesamtproduktion der Bizone an Papier und Pappe hat sich also seit der Währungsreform etwa verdoppelt. Noch stärker war der Aufschwung in der französischen Zone. Auch hier hatte die Einführung der DM trotz formeller Beibehaltung der Bewirtschaftung eine plötzliche Produktionsausweitung zur Folge: von 7 330 t im Juni 1948 auf inzwischen fast 20 000 t monatlich. In einem einheitlichen Währungsgebiet

### Papierproduktion und Altpapieraufkommen in der Bizone (in t):

Zeitraum		Papier- produktion	Altpapieraufkommen	
			Inland	Ausland
1936	Monatsdurchschnitt	106 000	—	—
1946	Monatsdurchschnitt	26 000	—	—
1948	Monatsdurchschnitt	35 343	—	—
1949	Januar	76 272	21 373	1 928
	Februar	78 092	22 322	1 753
	März	92 351	23 205	446
	April	82 263	22 767	760
	Mal	90 761	25 899	1 201
	Juni	86 166	25 953	2 265
	Juli	87 704	22 164	9 462
	August	89 858	20 930	6 005
	September	87 252	21 368	3 940

mit schwachen Zonengrenzen konnte die Bewirtschaftung auch in der französischen Zone nicht auf die Dauer beibehalten werden. Seit ihrer Aufhebung am 1. 4. 1949 besteht für Westdeutschland eine einheitliche Papierwirtschaft. Der fortschreitende Sortenausgleich verbunden mit einer Preisangleichung, die das störende Preisgefälle von Nord nach Süd aufhebt, bringt dem westdeutschen Wirtschaftsgebiet eine zunehmende Entlastung.

## PAPIERVERSORGUNG

Alle Teile der Papierwirtschaft (Großhandel, Verarbeitung und Facheinzelhandel) haben im Verlaufe des Jahres 1948/49 die rasch fortschreitende Besserung der Versorgung mit Papier, Pappe und Papierwaren deutlich gespürt. Die Verbrauchsquote je Jahr und Kopf der Bevölkerung hat sich von etwa 10 kg auf rund 22 kg erhöht. Eine restlose Befriedigung aller Verbraucherwünsche kann heute noch nicht erwartet werden. So ist es namentlich nicht möglich, alle Qualitätsforderungen zu erfüllen. Die Rohstoffversorgung, Papierholz—Zellstoff—Holzschliff—Altpapier, ist überwiegend von der Einfuhr abhängig und nicht so reichlich bemessen, daß wir nicht darauf bedacht

sein müßten, aus der verfügbaren Rohstoffmenge zunächst eine möglichst große Fläche zu erzeugen, ehe die Herstellung der aufwendigeren feineren Sorten in größerem Umfange wieder aufgenommen werden kann. Auch in der Sortenwahl ist die Produktion noch nicht völlig frei. Trotz Aufhebung der Bewirtschaftung bleibt als allgemeine Richtlinie der auf Anweisung der Militärregierung vor der Währungsreform festgelegte Bizonenplan auch weiterhin zu beachten.

### Sortenanteil der Papier- und Pappen-Erzeugung

Sorte	1948 in t	I. Halbjahr 1949 in t	Bizonenplan in %
Zeitungsdruckpapier	72 599	44 088	14
Schreib- und Druckpapier	116 592	91 309	19
Packpapiere	146 878	114 669	24
Natronpapiere	65 147	54 286	9
Sonderpapiere	72 025	58 514	9
Pappen	166 180	142 962	25

Der Anteil des Zeitungsdruckpapiers liegt keineswegs so hoch, wie die nach Aufhebung des Lizenzzwanges rasch zunehmende Zahl der Tageszeitungen und ihr häufigeres Erscheinen vermuten lassen. Die Deckung des Zeitungspapierbedarfes erfolgt in wachsendem Umfange durch Einfuhr aus den USA. Der Import wird von den Besatzungsmächten aus politischen Gründen der Umerziehung stärker forciert, als uns lieb sein kann, wenn wir an die noch nicht voll ausgenutzten eigenen Zeitungspapierkapazitäten denken und den für diese Einfuhr erforderlichen Dollaraufwand in Rechnung stellen. Der vorgesehene Anteil an Schreib- und Druckpapier wird zwar ungefähr erreicht, doch nimmt hier das Buch- und Magazinpapier einen großen Teil in Anspruch. Der Anteil der Pappen liegt zwar statistisch höher als der Plan vorsah, aber die absolute Erzeugung reichte bisher nicht ganz aus. Gerade bei Pappe fällt die Abtrennung der Ostzone als des früheren Hauptlieferanten und die ungenügende Einfuhr, namentlich aus Finnland, ins Gewicht.

## BEDARF UND KAPAZITÄT

Im I. Halbjahr 1949 hat die Papier- und Pappenerzeugung bereits fast 80% der Gesamtproduktion des Jahres 1948 erreicht. Setzt man die durchschnittliche Monatsproduktion der Bizone auf rund 80 000 t an, so ergibt dies eine Jahresproduktion von 960 000 t oder einen Pro-Kopf-Verbrauch von rund 22 kg. Der tatsächliche künftige Bedarf Deutschlands an Papier, Pappe und Papierwaren ist nur schwer abzuschätzen. Anfangs war man der Meinung, da der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch der dicht besiedelten und hochindustrialisierten drei Westzonen vor dem Kriege etwa 50 kg betragen hat (bei einem Reichsdurchschnitt von ca. 40 kg), daß der vom Kontrollrat auf 26 kg (europäischer Vorkriegsdurchschnitt) normierte Höchstsatz viel zu niedrig liege und daß der tatsächliche Bedarf auf etwa 35 kg zu veranschlagen sei. Die Einfuhr umfaßt gegenwärtig etwa 22 000 t im Jahr, fällt also, auf die Eigenproduktion bezogen, nicht sonderlich ins Gewicht. Die Ausfuhr ist bisher noch nicht berücksichtigt. Bei voller Ausnutzung der in der Trizone vorhandenen, betriebsbereiten Produktionskapazitäten ist der laufende Bedarf auf jeden Fall voll zu decken.

Inzwischen hat sich das Blatt gewendet, und Überlegungen, ob ausreichende Kapazitäten verfügbar sind, erscheinen vorerst müßig. Der dringendste Bedarf der breiten Masse und der gewerblichen Wirtschaft ist bereits befriedigt. Einkommen und Kaufkraft sind rückläufig. Immer deutlicher spürbar wird die Kreditklemme. So treten auch im Bereiche der Papierwirtschaft neuerdings Absatzstockungen in Erscheinung. Der Buchhandel liegt stark darnieder. In der Presse mehren sich die Krisenzeichen. Aus vielen Teilen der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie kommen Berichte über Produktionseinschränkungen. Praktisch gibt es nur noch wenige Gebiete, deren Bedarf nicht voll befriedigt werden kann, z. B. im Sektor der Verpackungsmittel.

Gegenüber manchen anderen Industriezweigen befindet sich die Papierwirtschaft immer noch in einer verhältnismäßig günstigen Lage. Nach Maßgabe der ausnutzbaren Kapazitäten in Erzeugung, Verarbeitung und graphischem Gewerbe einerseits, der möglichen Rohstoffversorgung andererseits ist auch in der vor uns liegenden Zeit kaum mit ernsthaften Krisenerscheinungen zu rechnen. Selbst eine weitere Kaufkraftschumpfung oder eine tiefergreifende Verbrauchsumschichtung, die sicher noch kommen wird, bedeuten keine akute Gefahr. Zwischen dem möglichen Angebot und dem immer noch stattlichen laufenden Bedarf klafft eine Lücke, die nicht durch vermehrte Einfuhr ausgefüllt werden kann. Auch bleibt die schmerzliche Tatsache bestehen, daß früher rund 50% der Kapazität in der Ostzone beheimatet waren.

#### ANPASSUNG UND UMSTELLUNG

Dessen ungeachtet ist die westdeutsche Papierwirtschaft einem Umstellungs- und Anpassungsprozeß unterworfen, dem sie sich nicht entziehen kann. Merkmale der Überproduktion, zunehmende Verkaufschwierigkeiten, verschärfter Wettbewerb, sinkende Rentabilität und geringere Verdienstspannen zeigen sich bei fast allen Papierwaren, bei denen der Preisanteil des Werkstoffes Rohpapier- und -pappe 50 % und mehr des Endverkaufspreises ausmacht. Je stärker dagegen eine Papierware verarbeitet und veredelt ist, je mehr dementsprechend der Verarbeitungs- und Veredelungslohn den Rohstoff-Preisanteil im Endverkaufspreis überwiegt, um so absatzfähiger und gewinnbringender bleibt das Erzeugnis.

Auch in preislicher Hinsicht bedarf der Binnenmarkt einer Konsolidierung. Eine kräftige Steigerung der Papierpreise insgesamt war nach der Währungsreform nicht zu vermeiden. Die längst überholten Stopppreise des Jahres 1936 gefährdeten angesichts der stark gestiegenen Selbstkosten die Rentabilität. Auch das anfängliche Preisgefälle von der britischen zur amerikanischen und von da zur französischen Zone war zunächst unvermeidlich. Es ist mittlerweile im wesentlichen überwunden. Das eigentliche Problem der Preisbildung liegt heute im Zellstoff. Die Preisbildung der Zellstoffindustrie fußt wiederum auf den Einstandskosten für Faserholz. Die verfehlte Preispolitik der skandinavischen Zellstoffindustrie hat zu einem Rückgang in der Ausfuhr nach den USA. geführt. Infolge der Bemühungen um einen verstärkten Export

nach Deutschland sanken hier die Importpreise um etwa 30% unter die deutschen Produktionspreise. Zwei große deutsche Zellstofffabriken mußten ihre Produktion stilllegen. Das Kostengefüge der Papiererzeugung erfährt dadurch eine schwere Vorbelastung, denn die Kostendegression spielt in einer so kapitalintensiven Industrie wie der Zellstoff- und Papierindustrie eine sehr große Rolle. Ferner machen bei den gegenwärtigen Holzpreisen die Aufwendungen für Fichtenholz rund 70% der deutschen Verkaufspreise für Zellstoff aus. Die Ungunst der Wettbewerbsverhältnisse ergibt sich aus der Tatsache, daß bis zur Pfundabwertung die nordische Zellstoffindustrie für den Raummeter frei Werk 26,— bis 28,— DM, die kanadische knapp 20,— DM, die deutsche aber 47,— DM aufwenden mußte.

Die wichtigste Anpassung im Sinne der Rückkehr zu normalen Vorkriegsverhältnissen muß sich im Bereiche des Außenhandels vollziehen. Umfang und Zusammensetzung der Einfuhr werden noch von den Besatzungsmächten bestimmt. Die Ausfuhr, die anfänglich ganz verboten war und vom Kontrollrat auf jährlich 400 000 t festgelegt wurde, ist trotz allen Erleichterungen noch immer an ein Bewilligungs- und Kontrollverfahren gebunden, das nahezu prohibitiv wirkt. Bedarf an deutschen Papiererzeugnissen ist, wie zahlreiche Auslandsanfragen bezeugen, latent vorhanden. In der Mehrzahl der Fälle scheidet aber die Ausfuhr am Fehlen der Einfuhrlicenzen oder entsprechender handelsvertraglicher Abmachungen. So ist der Papierwirtschaft die Möglichkeit genommen, ihren Rohstoff dort frei einzukaufen, wo er ihr am preisgünstigsten geboten wird und das handelsbilanzmäßige Defizit durch den Export der eigenen Erzeugnisse auszugleichen, wie dies vor dem Kriege in vorbildlicher Weise unter Erzielung eines sehr beträchtlichen Ausfuhrüberschusses geschah.

#### Devisenbilanz der Papierwirtschaft im Jahre 1937 (in Mill. RM)

Einfuhr	Ausfuhr	
Papierholz	Zellstoff	16,60
Lumpen	Holzstoff	—
Altpapier	Papier und Pappe	107,04
Zellstoff	Papierwaren	74,99
Holzschliff	Zusammen	198,63
Papier	Aktivsaldo	
Pappe	(nach auf ca. 8 Mill. RM	
Papierwaren	geschätzter Hilfsstoff - Ein-	
Zusammen	fuhr) =	
		rund 90 Mill. RM

Inzwischen hat sich das Verhältnis völlig umgekehrt. In den ersten sechs Monaten 1949 gab die Bizone rund 88 Mill. DM für die Einfuhr von Papier und Papierrohstoffen aus. Die Ausfuhr erbrachte dagegen nur 4,8 Mill. DM. Mithin mußten rund 83,2 Mill. DM an Devisen aufgewendet werden, um die Papierproduktion Westdeutschlands auf die gegenwärtige Höhe zu bringen. Im Mengenvergleich fällt besonders die sehr hohe Einfuhr von Zellstoff auf: Die Einfuhr entspricht fast der Hälfte der Eigenerzeugung gegenüber weniger als einem Zehntel vor dem Kriege. Auch hinsichtlich der Sorten und der Herkunftsländer haben sich tiefgreifende Veränderungen vollzogen. Früher beschränkte sich die Papiereinfuhr auf solche Sorten, die in

Deutschland selbst wegen fehlender oder unzureichender Rohstoffgrundlage nicht oder nicht in genügendem Umfang erzeugt werden konnten (Sulfatpackpapier, Pappen). Gegenwärtig entfallen aber fast zwei Drittel der Einfuhr auf Druckpapiere, die vor dem Kriege nur gelegentlich in kleinen Mengen eingeführt wurden, dafür aber den Hauptposten der deutschen Papierausfuhr bildeten.

**Ausfuhr von Papier und Pappe nach Sorten**

Sorten	I. Halbjahr 1949 <sup>1)</sup>		Durchschnitt 1936/38 <sup>2)</sup>	
	in t	in %	in t	in %
Druckpapier	7	0,4	167 760	46,2
Schreibpapier	111	6,9	19 056	5,2
Packpapier	406	25,0	63 811	17,5
Pergamentpapier	196	12,1	4 446	1,2
Kartonpapier	23	1,5	8 104	2,2
Zeichenpapier	281	17,1	2 238	0,6
Andere Feinpapiere <sup>3)</sup>	320	21,5	9 885	2,7
Sonstige Papiere	78	4,9	15 173	4,1
Pappen	177	10,6	73 789	20,3
<b>Zusammen</b>	<b>1 599</b>	<b>100,0</b>	<b>364 262</b>	<b>100,0</b>

<sup>1)</sup> Bizone

<sup>2)</sup> Deutsches Reich, jeweiliger Gebietsstand

<sup>3)</sup> Filtrier-, Lösch-, Seiden-, Photroh- und Zigaretten-Papier

Entsprechend der Weltmarktentwicklung und der durch den Krieg wiederum stark geförderten Autarkiebestrebung in zahlreichen Ländern ist die deutsche Papierwirtschaft auf den Auslandsmärkten nur noch mit hochwertigen Erzeugnissen wettbewerbsfähig. Zeichen-Fein- und Pergamentpapiere stellen heute mehr als die Hälfte der Ausfuhrmenge, während sie vor dem Kriege knapp 5% ausmachten. Diese Entwicklung ist nur insofern günstig, als der Durchschnittserlös je Tonne (ohne Berücksichtigung der Preiserhöhungen und Währungsverschiebungen) von 239 RM im Dreijahresmittel 1936/38 auf 1 666 DM im ersten Halbjahr 1949 gestiegen ist. Auch in der Ausfuhrrichtung sind sehr wesentliche Veränderungen eingetreten: Die Papierlieferungen nach Übersee, die früher etwa 56% umfaßten, stellten zuletzt nur 1 311 t von insgesamt 15 984 t dar, während die europäischen Länder, auf die vor dem Kriege ein knappes Zehntel entfiel, im I. Halbjahr 1949 rund neun Zehntel aufnahmen.

Auf die Dauer kann hier nur eine gründliche Umstellung wirkliche Abhilfe schaffen: Die Einfuhr von Papierwaren muß ganz unterbunden werden, soweit sie im Zeichen der Liberalisierung des Außenhandels nicht in Kompensation gegen die Abnahmebereitschaft der handelsvertraglichen Partner unumgänglich ist. Der Import von Papier sollte zur Ausfüllung vorläufiger Bedarfslücken in der eigenen Erzeugung und als Korrektiv zu vereinzelt überhöhten Inlandspreisen auf Ausnahmen beschränkt werden. Zur vollen Auslastung unserer Zellstoffindustrie ist für ausreichende Faserholzeinfuhr an Stelle von Zellulose zu sorgen. Die Zellstoffeinfuhr ist auf Mangelsorten und den Spitzenausgleich zu beschränken. Die Altpapiereinfuhr ist abzustoppen, solange der inländische Anfall wie gegenwärtig mengenmäßig und preislich eine ausreichende Versorgung gewährleistet. Die Ausfuhr von Papier und namentlich von Papierwaren ist im Hinblick auf den ihr eigenen sehr hohen Veredelungskoeffizienten bei allen handelsvertraglichen Abmachungen nachdrücklich zu fördern.

## Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften

Der Bund hat auf Grund des Garantie-Ermächtigungsgesetzes vom 26. 8. 1949 mit der Erteilung von Garantien und Bürgschaften für Ausfuhrforderungen begonnen. Es kommen 4 Arten der Garantieübernahme in Frage:

1. Ausfuhrgarantien bei Geschäften deutscher Ausfuhrer mit privaten ausländischen Firmen,
2. Garantien zur Deckung von Fabrikationsrisiken bei der Lieferung von Waren, die Spezialanfertigung und lange Herstellungsfristen erfordern,
3. Ausfuhrbürgschaften bei Geschäften mit ausländischen Regierungen und sonstigen Körperschaften öffentlichen Rechts, und
4. Bürgschaften zur Deckung von Fabrikationsrisiken bei langfristigen Fertigungsgeschäften.

In die Garantieaktion des Bundes wird auch die Westberliner Exportwirtschaft einbezogen.

Bei Ausfuhr- und Fabrikationsrisiko-Garantien wird sowohl das wirtschaftliche (Insolvenz-) als auch das politische Risiko gedeckt. Bei Ausfuhrbürgschaften für Regierungsgeschäfte und den entsprechenden Bürgschaften für Fabrikationsrisiken kommt ein wirtschaftliches Risiko nicht in Frage. Hier wird praktisch die Nichtzahlung gedeckt. Garantiert bzw. verbürgt werden bei Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften die geschuldete Kaufpreisforderung, bei Fabrikationsrisiken stets nur die Selbstkosten des Herstellers. Die zuständigen Ressorts erwägen, noch ein besonderes Deckungs-Dokument zu schaffen, in dem der wesentlichste Teil des politischen Risikos für sich allein gedeckt wird. Es wird alsdann der Exportwirtschaft freistehen, gegebenenfalls auf die Mitdeckung des wirtschaftlichen (Insolvenz-) Risikos bei Ausfuhrgarantien zu verzichten. Die Ausfuhrer sind in jedem Falle an den entstehenden Ausfällen selbst beteiligt. Die Selbstbeteiligung beträgt:

### bei Ausfuhrgarantien

mindestens 25% des Ausfalls bei wirtschaftlichen  
15% des Ausfalls bei polit. Schäden,

### bei Ausfuhrbürgschaften

Vorhaftung in Höhe des kalkulatorischen Reingewinns zuzüglich einer Quote von 10% Ausfall,

bei reinen Konvertierungs-, Transfer- und Kursverlust-Schäden  
15% des Ausfalls,

### bei Garantien für Fabrikationsrisiken

25% vom Ausfall an den Selbstkosten bei wirtschaftlichen Schäden  
und 15% vom Ausfall bei politischen Schäden,

### bei Bürgschaften zur Deckung des Fabrikationsrisikos

15% des Ausfalls an den Selbstkosten.

Für Garantien und Bürgschaften erhebt der Bund ein Entgelt, das den gedeckten Betrag mit höchstens 1,6% belasten soll. Bei Fabrikationsrisiken wird es 1% der garantierten Selbstkosten nicht übersteigen. Der Bund hat die Bearbeitung aller Ausfuhrgarantien und -bürgschaften der Hermes Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg, und der Deutschen Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, übertragen. Fedeführend ist dabei der Hermes, dem alle Anträge zuzuleiten sind. Die Anträge werden von den Mandatären einem Ausschuß zur Entscheidung vorgelegt, der beim Bundeswirtschaftsministerium zusammentritt. Ihm gehören stimmberechtigte Vertreter des Wirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums an. Als Sachverständige fungieren für Spezialfragen je ein Vertreter der Außenhandelsbanken, der Exportindustrie und des Exporthandels.

Dr. H.